Axel Schlüter

Kopie

Fax: _____ Uhr _____ Holzstr. 19
Post: _____ 21682 Stade
E-Mail: _____ Uhr _____ Tel. 04141/45363
<http://WWW.iimperator.COM>
<http://WWW.richterschreck.DE>
<http://WWW.richterwillkuer.DE>

Axel Schlüter, Holzstr. 19, 21682 Stade

Per Fax (0381) 45605-13

Einschreiben-Rückschein

General-Staatsanwaltschaft
Patriotischer Weg 120 a
18057 Rostock

Zu Hd. des Generalstaatsanwalts, Helmut Trost

Stade, 26. Juli 2009

Aktenzeichen: Zs 465/09 Generalstaatsanwaltschaft Rostock (GStA HRO)

Aktenzeichen: **526 Js 10966/09** Staatsanwaltschaft Stralsund (StA HST)

Strafanzeige, datiert vom 18. Mai 2009, gerichtet **gegen** die **Direktorin** des **Amtsgerichts Stralsund**, **Ulrike Kollwitz**, als Beschuldigte wegen versuchter **Strafvereitelung etc.**

Mitteilung vom 26.05.2009 (StA HST) **Poststempel 27.05.09** **eingegangen am 02. Juni 2009**

Bescheid vom 28.05.2009 (StA HST) **Poststempel 03.06.09** **eingegangen am 08. Juni 2009**

Beschwerde, datiert vom 13. Juni 2009, gerichtet an die Staatsanwaltschaft Stralsund

Bescheid vom 06.07.2009 (GStA HRO) **Poststempel -9.07.09** **eingegangen am 15. Juli 2009**

Weitere Beschwerde

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit wird gegen den oben angeführten Bescheid der **GStA HRO** vom 06.07.2009, form- und fristgerecht **Weitere Beschwerde** erhoben.

Begründung:

Unter Berücksichtigung, dass in der oben angeführten Beschwerdeschrift, datiert vom 13. Juni 2009, akribisch aufgezeichnet ist aus welchen Gründen sowohl die Strafanzeige als auch die Beschwerde von dem Autor eingegeben wurde und die Beschuldigte sicherlich nicht als Individuum bezeichnet werden kann, welches nicht einmal den Hauptschulabschluss geschafft hat, hatte diese sich der Rechtsordnung und den Rechtsentscheidungen zu fügen.

Der Inhalt des Bescheides der **GStA HRO** macht, aus der Sicht des Autors, deutlich, dass die Staatsanwältin, **Busse**, als Strafverteidigerin für die Beschuldigte, **Ulrike Kollwitz**, agiert und der Autor als Zeuge beeinflusst werden soll mit dem Versuch die Angelegenheit zu Gunsten der Beschuldigten unter den Teppich zu kehren.

Der Inhalt des Bescheides lässt in keiner Weise eine Neutralität seitens der **GStA HRO** erkennen. Denn der Inhalt lässt eindeutig den Stil erkennen, den ein Strafverteidiger anwendet um seinen Mandanten möglichst glimpflich von einem Verfahren zu entlasten.

Insoweit ist dem Individuum, der Staatsanwältin, **Busse**, der **Vorwurf der Strafvereitelung im Amt anzulasten**, welches nunmehr auch dem **Generalstaatsanwalt negativ anlastet**.

Noch einmal zur Verdeutlichung:

Die Beschuldigte hatte unter Berücksichtigung, dass sie von dem Autor Kenntnis erhalten hatte von Straftaten, ohne wenn und aber, die Unterlagen den Strafverfolgungsbehörden zuzuleiten, denn nur das war ihre gesetzliche Pflicht. Die Beschuldigte war in keiner Weise berechtigt der Staatsanwaltschaft ihre Kenntnisse und die erhaltenen Unterlagen zu unterschlagen.

Insoweit hatte die Beschuldigte in keiner Weise eine Berechtigung Überlegungen anzustellen und eine Entscheidung dahingehend zu treffen, der StA die Unterlagen zu unterschlagen und diese stattdessen, **zudem kostenpflichtig**, an den Autor zurückzusenden. Denn damit hat die Beschuldigte zudem den Beweis erbracht, dass diese der **StA HST** ihre Kenntnisse von Straftaten nebst den Unterlagen **mit Vorsatz unterschlagen** hat.

Soweit die Staatsanwältin, **Busse**, dahingehend argumentiert, dass die innerbehördlichen Abläufe einige Tage in Anspruch nehmen würden, so kann eine derartige Argumentation lediglich als völliger Humbug abgetan werden. In der Strafanzeige, datiert vom 18. Mai 2009, wurde von dem Autor akribisch dargestellt, wie der Ablauf vonstatten geht, soweit es sich um Postzustellungen handelt, die per Einschreiben-Rückschein eingegeben werden. Denn in der Regel ist nach spätestens 4 (vier) Tagen der Rückschein beim Absender eingegangen, wenn die Sendung nicht verloren gegangen ist. Innerbehördliche Abläufe sind mit dem täglichen Posteingang in keiner Weise in einem Zusammenhang zu bringen, da dieser durch Entgegennahme des Posteingangs auf der Post allein von einem Postbevollmächtigten der jeweiligen Behörden erledigt wird. Dieser Postbevollmächtigte bestätigt auf einem Rückschein auch den Eingang der Sendung. Was ab dem Zeitpunkt der Entgegennahme mit der Sendung geschieht, ist für den Absender vollkommen unerheblich.

Unter Berücksichtigung, dass die **GStA HRO** mit dem Inhalt ihres Bescheides den Beweis erbracht hat, dass dort die notwendige Neutralität nicht vorhanden ist und bedenkenlos gegen die Rechtsordnung und gegen Rechtsentscheidungen verstoßen bzw. diese ignoriert werden, wird hiermit beantragt, das Verfahren an die nächste zuständige Instanz weiterzuleiten und dem Autor umgehend mitzuteilen, an welche Instanz das Verfahren weitergeleitet wurde.

Die Öffentlichkeit hat einen berechtigten Anspruch auf wahrheitsgemäße Informationen.

Alle Verfahrensunterlagen werden auf den Web-Sites publiziert.

Mit freundlichen Grüßen

Axel Schlüter

Kopie an: **E-Mail an Europe**